

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

Städteagenda der EU weiter ausbauen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus unterstützt die Städteagenda für die EU als notwendigen Schritt, damit das Modell des Regierens auf mehreren Ebenen (multi-level-governance) Anwendung findet und die städtische Dimension bei Gesetzgebung, Finanzierung und Wissenstransfer in der EU gestärkt wird.

Das Abgeordnetenhaus teilt die Ziele des Arbeitsprogramms der Städteagenda, die in zwölf Schwerpunktthemen formuliert wurden, und fordert den Senat auf, seine Kooperationen in den Arbeitsgruppen/Partnerschaften („Integration von Migranten und Flüchtlingen“ und „Lokale Wirtschaft und Beschäftigung“) auszubauen. Dafür soll der Senat seine Bemühungen mit europäischen Institutionen, mitgliedstaatlichen Ministerien und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ausbauen. Gleichzeitig soll darauf hingearbeitet werden, dass sich Städte auch in solchen Arbeitsgemeinschaften, in denen sie nicht direkt Mitglied sind, über ihre Landesvertretungen/Büros in Brüssel mit ihren Anregungen und Interessen einbringen können. Außerdem soll der Senat regelmäßig in den zuständigen Fachausschüssen über aktuelle Entwicklungen in den Partnerschaften berichten.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat dazu auf, folgende Ziele umzusetzen:

- Die Städteagenda ist in das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission und in die Arbeitsprogramme der halbjährlichen Ratspräsidentschaften aufzunehmen.

- Die Unterstützung der Partnerschaften soll aus dem EU-Haushalt finanziert werden.
- Es ist zu prüfen, welche Partnerschaften über die auf drei Jahre angelegten Mandate hinaus verlängert werden sollen, um begonnene Arbeiten zum Abschluss zu bringen.
- Die Kommission soll die Folgenabschätzung um die territoriale Dimension erweitern, wobei auf die Erfahrungen des erfolgreichen Pilotprojekts des Ausschusses der Regionen (AdR) und der Europäischen Kommission zurückgegriffen werden kann.
- Die Zugangsmöglichkeiten und die Information von Städten zu EU-Förderprogrammen in der neuen Förderperiode nach 2020 sollen verbessert werden. Dazu soll auch die Wiederaufnahme der (2014 eingestellten) Finanzierung des Wissenstransfers zwischen Städten gehören.

Begründung:

Das Abgeordnetenhaus würdigt die im Juni 2016 von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rat verabschiedete Städteagenda für die EU. Der Verabschiedung der Städteagenda für die EU ging ein langjähriger Diskussionsprozess voraus, an dem sich Senat und Abgeordnetenhaus aktiv beteiligt haben, damit die städtische Dimension in der EU-Politik stärker berücksichtigt wird.

Das Abgeordnetenhaus erwartet, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten die Vorschläge der Partnerschaften zur Verbesserung von Gesetzgebung, Finanzierung und Wissenstransfer wohlwollend prüfen und, so weit möglich, in konkrete Legislativ- bzw. Fördermaßnahmen umsetzen. Das Europäische Parlament, das mit der fraktionsübergreifenden „Urban Intergroup“ die Gründung der Städteagenda für die EU aktiv unterstützt hat, ist als Mitgesetzgeber eng einzubeziehen. Dies gilt ebenso für den Ausschuss der Regionen als Vertretung der regionalen und lokalen Ebene.

Das Abgeordnetenhaus wertet die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Städte innerhalb der Europäischen Kommission als Anerkennung dafür, dass es flankierend zur formalen Gründung der Städteagenda für die EU und deren Partnerschaften weiterer Maßnahmen bedarf, um die Rolle der Städte in der EU zu stärken. Das Abgeordnetenhaus ermutigt die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten daher, die Städteagenda für die EU tatkräftig zu unterstützen und zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, auch um das in den Städten vorhandene Fach- und Erfahrungswissen zu nutzen.

Berlin, d. 12. September 2019

Saleh Zimmermann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Dregger Jupe
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der CDU

Bluhm U. Wolf Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Kahlefeld
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

S. Czaja Förster
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der FDP